

Bundespräsident im Landtag zu Gast Wulff würdigt die Leistung Thüringens in den letzten 20 Jahren

Polizeieskorte und Journalistentross begleiteten den Bundespräsidenten Christian Wulff auf den Stationen seines Antrittsbesuches am 13.09. durch die Landeshauptstadt. Sein Besuch im Freistaat führte den im Juni neu gewählten Bundespräsidenten u. a. in den Thüringer Landtag. Dort kam er mit den Abgeordneten aller Fraktionen ins Gespräch und trug sich in das Ehrenbuch des Landtags ein.

Vor dem Plenargebäude hieß Landtagspräsidentin Birgit Diezel den hohen Staatsgast willkommen: „Die Thüringer freuen sich sehr über ihren Besuch - gerade weil Sie unserem Land schon lange freundschaftlich verbunden sind.“ Nach der herzlichen Begrüßung und der Vorstellung der Vizepräsidenten und Fraktionsvorsitzenden wurde im Rund des Plenarsaals vor allem über das



Bundespräsident Christian Wulff mit Landtagspräsidentin Birgit Diezel beim Eintrag ins Ehrenbuch

zwanzigjährige Jubiläum der deutschen Wiedervereinigung aus Sicht eines ‚neuen‘ Bundeslandes und über das ehrenamtliche politische Engagement junger Menschen auf regionaler Ebene gesprochen. „Bundespräsident Christian Wulff würdigte ausdrücklich den erfolgreichen Weg, den Thüringen in den vergangenen zwanzig Jahren zurückgelegt hat“, so Frau Diezel. „Die Diskussion im Plenarsaal hat ihn spüren lassen, dass die Abgeordneten des Thüringer Landtages in sachlicher und konstruktiver Atmosphäre an der Lösung jener Herausforderungen arbeiten, vor die sich unser Freistaat gestellt sieht.“ Während seines Aufenthalts in der Landeshauptstadt besuchte der Bundespräsident - neben dem Landtag - auch die Thüringer Staatskanzlei und das Erfurter Rathaus.

Aus dem Plenum

In der Plenarsitzung vom 8. bis 10. September stand u. a. das Gesetz zur Aufhebung des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Lebenspartnerschaftsgesetz auf der Tagesordnung. Dem Gesetzentwurf der Landesregierung stimmten große Teile der Opposition zu, sodass gleichgeschlechtliche Paare sich im Standesamt künftig das Ja-Wort geben dürfen. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2011 in Kraft treten. Thüringen ist neben Baden-Württemberg eines der letzten Bundesländer, in denen homosexuelle Partnerschaften vor dem Ordnungsamt geschlossen werden. Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsge-

setzes sah eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in der Adventszeit auf zwei verkaufsoffene Adventssonntage vor. Das Plenum lehnte den Vorschlag mit großer Mehrheit ab. Das geltende Ladenöffnungszeitengesetz erlaubt vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr - darunter den ersten Adventssonntag. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der gemeinsame Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der LINKEN zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge. Nach einer kontroversen Diskussion wurde der Entwurf in den Innen- und den Justizausschuss überwiesen. Federführend ist der Innenausschuss.

In der aktuellen Stunde auf Antrag der FDP zum Thema „Schuldenpolitik stoppen, Thüringens Zukunft durch sinnvolle Sparanstrengungen jetzt sichern!“ forderte die FDP die Landesregierung auf, den Landeshaushalt zu beschließen und Einsparungen vorzunehmen. „Handeln gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken“ lautete das Thema der GRÜNEN, wobei sie die entsprechenden Beschlüsse der Bundesregierung kritisierten. In ihrem Punkt „Resultate der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Studie ‚Längeres gemeinsames Lernen in Thüringen‘ wertete die SPD die Studie aus und plädierte für das Gemeinschaftsschulenmodell.

Auf Antrag der Fraktion der LINKEN debattierte das Plenum über die Haltung der Landesregierung zu einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen.

Darüber hinaus fanden sich u. a. folgende Punkte auf der Tagesordnung: Lockerung bzw. Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber, Fördern statt Sitzenbleiben - Abschaffung von teuren und unwirksamen Klassenwiederholungen sowie die Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt.

Eine vollständige Übersicht aller Themen der Tagesordnung ist in der Parlamentsdokumentation unter www.thueringer-landtag.de zu finden.

Kurz gemeldet

+++ Landtagspräsidentin Birgit Diezel eröffnete am 24. August den Europäischen Kulturdialog Gera, der sich dem Thema „Die Bundeswehr im europäischen Netzwerk“ widmete. Zu Gast war u. a. Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg. +++ Am 27. August nahm Frau Diezel am Festgottesdienst zur Wiedereröffnung der traditionsreichen Klosterbibliothek des Erfurter Augustinerklosters teil. +++ Ein Jahr nach der Grundsteinlegung für das neue Bettenhaus der Ilm-Kreis-Kliniken am Standort Ilmenau konnte am 7. September das Richtfest zum zweiten Bauabschnitt begangen werden. Landtagspräsidentin Diezel hielt die Festrede. +++ Im Verwaltungshochhaus ist noch bis zum 15. Oktober die Ausstellung „Impressionen“ der Mittwochsmaler des Erfurter Kompetenzzentrums am Juri-Gagarin-Ring zu sehen. +++

Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

Ausschuss über Forststrukturreform informiert

In einer Sondersitzung am 25. August informierte sich der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz über mögliche Auswirkungen der geplanten Forststrukturreform, unter anderem auf die Bewerbung des Nationalparks Hainich um den Titel „Weltnaturerbe“. Die Strukturreform habe keine negativen Auswirkungen auf die Bewerbung des Nationalparks Hainich, erklärte die Landesregierung. Weiterhin sicherte sie zu, dass ausreichend Personal zur Verfügung stehe, um die zur Bewerbung notwendigen Aktivitäten adäquat durchführen zu können. Weiterer Bestandteil der Sitzung war das Gutachten über die Ergebnisse des Erdfalls in Tiefenort. Das derzeitige Er-

gebnis der Bewertungen zeigt, dass sich eine Verbindung zwischen Bergbautätigkeit und Erdfall nicht herstellen lässt. Von der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie wurde ein umfangreiches und schlüssiges Konzept für die Sicherheit der umliegenden Bewohner vorgestellt, so Ausschussvorsitzender Tilo Kummer (DIE LINKE).

Am 3. September berieten die Mitglieder des Ausschusses über eine Präsentation Thüringens auf der Grünen Woche in Berlin. Nach Aussagen der Landesregierung ist geplant, dass im Haushalt 2011 erste Gelder für die Vorbereitung einer Thüringenhalle zur Verfügung gestellt werden. Ab 2012 wäre Thüringen dann auf der Grünen Woche vertreten.

Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Besuch des Bildungsausschusses des Regionalparlaments Malopolska

Der Bildungsausschuss des Regionalparlaments der thüringischen Partnerregion Malopolska besuchte am 2. September im Rahmen seiner dreitägigen Thüringen-Reise den Landtag. Dabei trafen die Gäste mit Abgeordneten des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur zusammen, um sich über aktuelle politische Fragen auszutauschen. Von besonderem Interesse für die polnischen Parlamentarier waren zum einen die Hochbegabtenförderung, insbesondere die Spezialschulen im Freistaat, und zum anderen das deutsche System der

beruflichen Bildung, vor allem die Gestaltung der Übergänge zwischen schulischer und beruflicher Ausbildung sowie die überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Auf breites Interesse der Thüringer Parlamentarier stießen die Berichte der Gäste über die Finanzierung der polnischen Schulen, die vorwiegend kommunal gesteuert wird – im Gegensatz zu den zentral finanzierten Hochschulen. „Malopolska und Thüringen sind zwei Regionen, die als bildungspolitische Spitzenreiter gelten können“, sagte der Ausschussvorsitzende Dr. Mario Voigt (CDU).

Nobelpreisträgerin Herta Müller liest 2011 im Landtag

„Herta Müller wird im Frühjahr 2011 anlässlich des Todestages ihres guten Freundes, des DDR-Bürgerrechtlers Jürgen Fuchs, im Thüringer Landtag lesen“, kündigte Landtagspräsidentin Birgit Diezel den literarischen Höhepunkt des nächsten Jahres an. „Ich freue mich darauf, Herta Müller im kommenden Jahr in Erfurt begrüßen zu dürfen. Sie hat wie kaum eine andere die Erfahrung der Unfreiheit in der rumänischen Diktatur in ebenso beeindruckender wie beklemmender Weise literarisch verarbeitet.“ In ihrer Rede zur Verleihung des Nobelpreises in Stockholm sagte

Herta Müller über ihre Verfolgung durch das totalitäre Ceausescu-Regime: „Ich habe auf die Angst vor dem Tod mit einem Durst nach Leben reagiert.“ In den siebziger Jahren wurde sie mehrmals vom rumänischen Geheimdienst zur Zusammenarbeit aufgefordert, der sie sich jedoch widersetzte. Müller verarbeitet ihre Erfahrungen mit dem kommunistischen Regime in ihren Texten. Als das Leben in Rumänien unerträglich wurde, reiste sie 1987 nach Deutschland aus. Für ihr in 24 Sprachen veröffentlichtes Gesamtwerk erhielt die Schriftstellerin 2009 den Nobelpreis für Literatur.

20 Jahre Deutsche Einheit
Ausstellung im Thüringer Landtag Erfurt

THÜRINGER LANDTAG

Konrad-Adenauer-Stiftung



Politik mit Bildern - HAP Grieshaber
29. 9. - 26. 11. 2010, Mo-Fr 8-18 Uhr
Jürgen-Fuchs-Str. 1. Eintritt frei

HAP Grieshaber, Holzschneider und Drucker, Maler und Zeichner, ist einer der Großen in der Geschichte der Kunst des 20. Jahrhunderts. Er war auch ein Anwalt der Freiheit und der Menschenwürde. Die Ausstellung „HAP Grieshaber – Rückkehr in die Freiheit. Politik in Bildern“, die das Bildungswerk Erfurt der Konrad-Adenauer-

Stiftung vom 29. Oktober bis 26. November 2010 im Thüringer Landtag präsentieren wird, ist dem Künstler HAP Grieshaber gewidmet, dem „homme engagé“, der deutlich spürte, wenn sich in irgendwo in der Welt etwas zusammenbraute, und der dann mit großer innerer Beteiligung seine Gedanken und Gefühle ins Bild setzte.

Thüringen, Picardie und Malopolska erhalten Adam-Mickiewicz-Preis

Für ihre Verdienste um die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit wurden die drei Partnerregionen Thüringen, Picardie und Malopolska mit dem Adam-Mickiewicz-Preis ausgezeichnet. Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, der Marschall der Wojewodschaft Malopolska Marek Nawara und die Vizepräsidentin des Regionalrats der Picardie Anne Ferreira nahmen den Preis am 29. August auf einer Festveranstaltung in Weimar in Empfang. Die Vertreter der Partnerregionen waren sich über die Bedeutung der Auszeichnung als Symbol ihrer freundschaftlichen Zusammenarbeit einig. „Nach Jahrhunderten der Konflikte und Kriege stehen die Nachbar-

regionen nun in einem versöhnenden Verhältnis zueinander. Alte destruktive Denkmuster sind dem Verständnis gewichen, dass die Partnerschaft zwischen Frankreich, Polen und Deutschland entscheidend für die Stabilität und Sicherheit in Europa ist“, sagte Landtagspräsidentin Diezel in ihrem Grußwort. „Es gilt die Zusammenarbeit weiter zu pflegen und auszubauen – vor allem auf lokaler und regionaler Ebene. Die Bürger und Bürgerinnen der Regionen sollen die Möglichkeit haben untereinander in Kontakt zu treten, sich auszutauschen und gemeinsam Erfahrungen zu sammeln. Nur durch Einbezug der lokalen und regionalen Ebene wird die europäische Zusammenarbeit von Erfolg gekrönt sein.“

CDU lehnt weiteren verkaufsoffenen Sonntag ab



Der Thüringer Landtag hat in seiner letzten Sitzung einen weiteren verkaufsoffenen Sonntag im Advent ab-

gelehnt. Die FDP hatte sich mit ihrem Vorstoß auf einen weiteren zusätzlichen Sonntag nicht durchsetzen können. Die CDU-Fraktion sprach sich deutlich gegen diesen Vorschlag aus. „Schon der erste Satz des FDP-Antrages ‚Weihnachtszeit ist Einkaufszeit‘ ist Grund genug, den Gesetzentwurf abzulehnen. Die eigentlich gemeinte Adventszeit wird mit dem Entwurf auf ein rein ökonomisches Interesse reduziert. Wir wollen kein Vorweihnachtszeit-Einkaufsgesetz als Konjunkturpaket“, kritisierte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Gumprecht (im Bild). Zudem

wies der CDU-Politiker darauf hin, dass der Sonntag nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unter besonderem Schutz stehe. Dennoch sieht Gumprecht am jetzigen Gesetz Nachbesserungsbedarf hinsichtlich der Ortsteilregelung für fusionierte Gemeinden, der Flexibilisierung der Öffnungszeiten sowie der Entbürokratisierung des Antragsverfahrens. Nach kontroversen Diskussionen im Sozialausschuss sowie im Wirtschaftsausschuss kündigte die Landesregierung für Beginn des Jahres 2011 einen eigenen Gesetzentwurf dazu an.

Bergemann vertritt Thüringen im KGRE



Der Europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gustav Bergemann (im Bild), wurde als Vertreter Thüringens zum Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) gewählt. Bisher wurde der Sitz Thüringens durch den Bundes- und Europaminister und Chef der Staatskanzlei, Dr. Jürgen Schöning, wahrgenommen. Gustav Bergemann war bisher Stellvertreter im KGRE. Mit Auslaufen der 8. Wahlperiode verlor Thüringen seinen Stellvertreter. Die Thüringer Landesregierung verzichtete zu Gunsten des Thüringer Landtags auf seine Mitgliedschaft. Der KGRE wurde 1994 als beratendes Gremium des Europarates eingerichtet. Damit erhielten die deutschen Bundesländer erstmals die Gelegenheit, sich an der Arbeit des Europarates zu beteiligen. Dies ist von umso größerer Bedeutung, als viele im Rahmen des Europarates behandelte Themen (Schutz von nationalen Minderheiten, Medienfragen, Umwelt- und Naturschutz, Sozialpolitik und Gesundheitswesen etc.) unmittelbar Länderkompetenzen berühren.

Runder Tisch gegen Ärztemangel

Die CDU-Landtagsfraktion will einen Runden Tisch einrichten, an dem Ärzteschaft, Krankenkassen, Krankenhäuser und Politik gemeinsam konkrete Maßnahmen gegen den Ärztemangel ausloten. Das ist das Ergebnis eines gesundheitspolitischen Forums der Frak-

tion. Zu dem Gedankenaustausch waren Verantwortliche aus verschiedenen Bereichen des Thüringer Gesundheitswesens im Thüringer Landtag zusammengelassen.

Unter den mehr als 100 Teilnehmern des Forums bestand weitgehend Einigkeit: Nur

eine konzertierte Aktion, bei der alle Beteiligten an einem Strang ziehen, wird zu deutlichen Verbesserungen und zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Arztstruktur in unserem Freistaat führen. Ein Runder Tisch sei ein erfolgversprechender Weg.

Atomkraft als Brückentechnologie - Strompreise im Blick



Die CDU-Landtagsfraktion steht hinter dem von der Bundesregierung beschlossenen

Fahrplan im Hinblick auf den Ausstieg aus der Atomkraft. Die CDU verstehe die Atomkraft als Brückentechnologie, die den Übergang zu den erneuerbaren Energien gerade auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit und bezahlbarer Strompreise erfolgreich mitgestalten soll. Darauf machte der CDU-Energiepolitiker Henry Worm (im Bild) im Plenum aufmerksam.

Der Anteil der erneuerbaren Energien im Energiemix werde in den nächsten Jahren entscheidend ausgebaut. Die Hauptproblematik bestehe allerdings in praktikablen Speichermöglichkeiten, insbesondere für Wind- oder Solarenergie, um

diese Energien grundlastfähig und bezahlbar zu machen. In diesem Zusammenhang forderte Worm die Wissenschaft auf, neue Speichertechnologien zu entwickeln, um den Übergangszeitraum nach Möglichkeit zu verkürzen. Ferner schlug er die Einrichtung eines Fonds aus zu erwartenden Konzerngewinnen der Atomkraftwerke vor, mit welchem ein Beitrag zur Lösung der Problematik der Endlagerung, zur Entlastung der Steuerzahler und Verbraucher sowie der Förderung des technologischen Fortschritts zur nachhaltigen Installation von erneuerbaren Energien geleistet werden soll.

Festschrift zum 20. Geburtstag der CDU-Fraktion

Unter dem Titel „20 Jahre CDU-Fraktion – Stark für Thüringen“ ist eine Festschrift über die Geschichte der CDU-Landtagsfraktion erschienen. Das Buch berichtet über den Weg der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, über Arbeitsschwerpunkte, Weichenstellungen, Kompromisse in den Koalitionen. Es spürt der christlich-

demokratischen Handschrift in der Thüringer Politik seit der Wiedergründung des Landes nach. Der Verfasser und ehemalige Landtagsabgeordnete Reyk Seela lässt zudem jede Menge Zeitzeugen zu Wort kommen. Die Festschrift ist unter der Telefonnummer 0361 3772206 und im Internet unter cdu-landtag.de zu bestellen.



Konferenz: Soziales Wohnen in Thüringen

NACHGEFRAGT: Heidrun Sedlacik, Wohnungspolitikerin



Die Linksfraktion lädt ein zur Konferenz „Soziales Wohnen in Thüringen“ am 25. September in den KuBus nach

Jena. Worum geht es?

Uns geht es um eine menschenwürdige, bedarfsgerechte und preiswerte Wohnraumversorgung sowie ein Verfassungsrecht auf Wohnen. Wir müssen aufpassen, dass der Bestand an öffentlich geförderten Wohnraum nicht weiter abnimmt – auch durch den Verkauf kommunaler Wohnungsbestände.

Was ist zu tun?

Es wächst der Anteil der Haushalte, die sich nicht aus eigener Kraft mit angemessenem Wohnraum versorgen können. Der soziale Zusammenhalt in den Quartieren wird zu einer gesellschaftlichen Zukunftsaufgabe: Notwendig ist ein koordiniertes Zusammenwirken bei Regionalplanung und Stadtentwicklung.

Dezentral, regenerativ statt atomigantisch

Als „einen Kniefall vor der Atomlobby“, bezeichnete Bodo Ramelow die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Damit wurde „ein Freibrief für weitere Megaprofite den Atomenergie-Giganten ausgestellt, die noch Jahrzehnte dreckige und gefährliche Energieerzeugung betreiben dürfen“. Verlierer seien Stadtwerke und mittelständische Unternehmen, die regenerative Energie anbieten. Dies sei eine fatale Kehrtwende in der Energiepolitik. Der LINKE-Fraktionschef erneuert seine Forderung nach einem Thüringer Leitbild „modernstes Energieland Deutschlands“, was aber nur gelinge „mit dem kompletten Mix aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse“.

Vor Ort: „Annahme verweigert – Sparpaket zurück“ Landesarbeitsmarktprogramm darf nicht zur Disposition gestellt werden

„Annahme verweigert – Sparpaket zurück“, unter diesem Motto haben Abgeordnete der LINKEN – im Foto die Suhl-Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld (r.) – gemeinsam mit anderen Engagierten vor Ort in den Regionen Thüringens ihre Haltung zu unsozialen Sparmaßnahmen ins Bild gesetzt.

Dabei geht es nicht nur um das Milliarden-sparpaket der Bundesregierung, auch in Thüringen stehen mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 gravierende Einschnitte an. So wird u.a. diskutiert, das Landesarbeitsmarktprogramm zur Disposition zu stellen, was ein „Schlag gegen Langzeitarbeitslose und Projekte zu ihrer Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt“ wäre, wie Ina Leukefeld erklärte. Auch wenn das Programm nach Auffassung der LINKEN nicht weit genug gehe und seine Wirkung begrenzt sei, ermögliche es



doch Menschen, die jahrelang auf dem Arbeitsmarkt keine Chance hatten, einen Wieder-

einstieg. Ein solches Instrument der Arbeitsmarktpolitik dürfe „nicht zum Gegenstand politischen Pokerns“ gemacht werden, so Frau Leukefeld mit Blick auf die vor allem betroffenen Jugendlichen, Alleinerziehenden, Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile langzeitarbeitslos sind, und insbesondere auch ältere Arbeitslose.

DIE LINKE fordert schon lange einen öffentlichen Beschäftigungssektor, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, gekoppelt an existenzsichernde Löhne. „Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm, der Bürgerarbeit und den Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds verfügt Thüringen über Instrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit und damit zur Verhinderung von Armut“, betonte die Abgeordnete.

Diskussion über neue Wege in der Thüringer Kulturförderung

Die Kulturlandschaft in Thüringen ist vielfältig und einzigartig, ihre Finanzierung durch Land und Kommunen eine „freiwillige Aufgabe“ und damit direkt von der Lage der öffentlichen Kassen abhängig, also unter dem Damoklesschwert zurückgehender Einnahmen und wachsender Verschuldung. Um sie trotzdem zu erhalten und auszubauen, muss über neue Wege der Kulturförderung nachgedacht werden. Die Landtagsfraktion der LINKEN tut dies am 17. September in Gera. Es spricht der Wiener



Kulturwissenschaftler Prof. Tassos Zembylas am Beispiel auch der österreichischen Kulturfördergesetze. Anschließend werden Vertreter von Theatern, Museen, Bibliotheken und der Soziokultur in einer Diskussionsrunde ihre Vorstellungen zur Kulturentwicklung darlegen, bevor schließlich die Politiker zu Wort kommen. Unter den Diskutanten die Kulturpolitikerin der LINKEN Dr. Birgit Klauert, der Altenburger Oberbürgermeister Michael Wolf (SPD) und die Grünen-Politikerin Astrid Rothe-Beinlich.

Abgeordnete sollen auf automatische Diätenerhöhung verzichten



„Angesichts der Sparpakete auf Bundes- und Landesebene müsste es für alle Landtagsabgeordneten selbstverständlich

sein, auf die automatische Diätenerhöhungen zu verzichten – alles andere wäre unanständig“, sagte Bodo Ramelow, der im Landtag zum Gesetzentwurf der Linksfraktion für ein so genanntes Diätenmoratorium gesprochen hatte. „Während Hartz-IV-Empfänger mit Kindern keine automatische Erhöhung erhalten, steigen die Diäten der Politiker Jahr für Jahr – wenn schon, dann Index für alle“, so seine Forderung. Allerdings sei auch das Indexverfahren kaum durchschaubar, schließe die Berechnungsgrundlage nicht die Einkommensentwicklung der gesamten Bevölkerung ein,

wie beispielsweise der Rentner. Gerade beim sensiblen Thema der Diäten der Landtagsabgeordneten sei ein transparentes Gesetzgebungsverfahren notwendig, betonte der Oppositionsführer. „Dann müssen sich die Abgeordneten immer wieder neu den gesellschaftlichen Realitäten und der Kontrolle der Öffentlichkeit stellen, wenn sie mehr Geld für sich wollen. So gehört es sich auch in einer Demokratie.“

DIE LINKE-Fraktion wird erneut die Eckpunkte einer umfassenden Reform des Abgeordnetenrechts in die öffentliche Debatte und in den Landtag bringen.

SPD-Umweltpolitiker Weber appelliert an Bundesregierung: Energiewende nicht aufs Spiel setzen

Aktuelle Stunde im Landtag / SPD: Atomkraft ist Technologie der Vergangenheit

Mit einer aktuellen Stunde hat der Thüringer Landtag auf ein viel diskutiertes Thema reagiert: Die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken durch die schwarz-gelbe Bundesregierung.

„Die Bundesregierung riskiert die Energiewende in unserem Land“ - dieses Fazit hatte SPD-Umweltpolitiker Frank Weber unmittelbar nach Bekanntwerden der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke um 10 bis 20 Jahre gezogen. Die Bundesregierung setze leider auf eine Form der Energiegewinnung, die der Vergangenheit angehöre und die zudem von der Mehrheit der Deutschen abgelehnt werde. Weber warnt davor, die Debatte in dieser Form weiterzuführen: „Am Ausstieg aus der Atomenergie darf nicht gerüttelt werden - nicht zuletzt deshalb, weil keines der deutschen Kernkraftwerke die derzeit gültigen Sicherheitsstandards erfüllt.“ In diesem Zusammenhang rief er alle Bürger dazu auf, sich an einer



Frank Weber (2. von links) hat sich schon mehrfach gegen eine verlängerte Nutzung der Atomenergie geäußert. Sichtbarer Ausdruck für seinen Protest war die Teilnahme an einer Anti-Atom-Demonstration im Sommer in Norddeutschland. Foto: Marcel Kühnast

Antiatomdemonstration am 18. September in Berlin zu beteiligen. „Noch ist es nicht zu spät, der Bundesregierung die rote Karte zu zeigen.“

„Die Kosten von Strom aus erneuerbaren Energien werden schon in wenigen Jahren unter den tatsächlichen Kosten für den Atomstrom liegen“, sagte Weber unter Verweis auf ein

Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Weber warnte die Bundesregierung davor, die Bürger mit falschen Zahlen zu täuschen. Die in Rede stehenden positiven Auswirkungen beim Strompreis seien so gering, dass sie die Sicherheitsrisiken, die mit der Atomkraft einhergingen, nicht aufwiegen würden.

„Thüringens Zukunft liegt in klugen Köpfen“

„Die Streichung des Verwaltungskostenbeitrags und der bewusste Verzicht auf Studiengebühren erweisen sich für Thüringen erneut als richtig.“ Mit diesen Worten kommentierte Peter Metz, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Ergebnisse des OECD-Berichts „Bildung auf einen Blick“. In der Studie wird Deutschland dringend aufgefordert, dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und deshalb vor allem jungen Leuten aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien ein Studium zu ermöglichen.

Standesämter in Thüringen bald für alle offen

Landtag befasst sich mit Gesetzentwurf der Landesregierung: Gleiche Rechte für Homosexuelle

Mit der vorgesehenen Änderung des Lebenspartnerschaftsgesetzes sorgt die Landesregierung dafür, in Thüringen bei der Eheschließung eine einheitliche Zuständigkeit von Behörden für Ehepaare und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften zu schaffen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Höhn dazu: „Für unsere Begriffe ist dies ein entscheidender – vielleicht sogar entscheidende –

zur Stärkung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften.“ Nicht zuletzt werde damit eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Thüringen hatte nämlich bis vor kurzem - als eines von wenigen Bundesländern - noch Gebrauch von einem Sonderweg gemacht. Während sich Ehepaare bei der Eheschließung wie eh und je an das Standesamt als zuständige Behörden wenden, mussten gleich-

geschlechtliche Paare die Landkreise und die kreisfreien Städte als zuständige Stellen aufsuchen. Damit war Thüringen vom Bundesgesetz abgewichen. Dieses besagt, dass in der Regel die Standesämter bei der Besiegelung einer Lebenspartnerschaft zuständig sein sollen.

„Die unterschiedlichen Zuständigkeiten in Thüringen haben sich für unsere Begriffe nicht bewährt“, sagte SPD-Familienpolitikerin Birgit Pelke in der Debatte. Die Thüringer SPD sei seit langem der Auffassung, dass es der Respekt vor dem Zusammenleben gleichgeschlechtlicher Paare gebiete, das Zusammen-

leben ebenfalls beim Standesamt amtlich besiegeln zu können. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und Eheschließungen sei sachlich nicht zu rechtfertigen.

Die Änderungen sollen zum 1. Januar 2011 in Kraft treten.



Uwe Höhn



Birgit Pelke

SPD-Kommunalexperte: Gesetzentwurf der Opposition lässt viele Fragen offen

Kontroverse Debatte über Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge im September-Plenum

Ein von den Oppositionsparteien Grüne und Linke eingereichter Gesetzentwurf wird von der SPD-Fraktion kritisch gesehen.

„Viele Menschen in Thüringen warten seit mehr als anderthalb Jahrzehnten auf eine Reform des Beitragsrechtes“, so Matthias Hey, der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der Plenarsitzung Mitte September. „Sie haben



Matthias Hey

Besseres verdient als den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf“, so Hey.

Der Abgeordnete verwies beispielsweise auf das Thema „Abwasserbeiträge“ und das Vorhaben von Grünen und Linken, die Investitionskosten für die Abwasserentsorgung ausschließlich über Gebühren zu finanzieren. „Jeder weiß doch aber, dass die Investitionen im Abwasserbe-

reich in der Regel immer wesentlich höher sind als bei der Wasserversorgung“, so Heys Kritik an dem Vorhaben. Im Gesetzentwurf sei nichts darüber ausgeführt, ob und inwieweit die Gebühren im Abwasserbereich im Falle einer solchen Regelung steigen könnten.

Kritisch hinterfragte Hey auch die Überlegungen zu den Straßenausbaubeiträgen: Bei Einführung einer so genannten „Infrastrukturabgabe“ sei ein hier vorgeschlagenes Verrech-

nungsverfahren mit bereits gezahlten Beiträgen nicht hinreichend durchdacht. „Was wird mit jenen Leuten, bei denen die schon gezahlten Beiträge viel höher sind als die zu verrechnende Abgabe?“, will Hey vom Verfasser des Gesetzentwurfs wissen.

Hey verwies darauf, dass die Thüringer Landesregierung in diesen Tagen an einem eigenen Gesetzentwurf arbeite. Hey dankte den Interessenverbänden für ihre Anregungen.

FDP begrüßt Beschluss zum Klimaschutz Unterstützung für energiepolitische Zielsetzungen der Bundesrepublik

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Thüringer Landtages zur Ausrichtung der Landtagsbeschlüsse auf den Klimaschutz. In dem Beschluss zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Landtag am 10. September mit großer Mehrheit die Landesregierung aufgefordert, „...die ambitionierten energie- und klimaschutzpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen sowie die nationalen und internationalen Verpflichtungen Deutschlands bei der Minderung klimaschädlicher Treibhausgasemissionen mit Maßnahmen zu unterlegen“. „Angesichts der aktuellen Debatte ist das ein erfreuliches Signal“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth im Anschluss.

Keine Aufhebung der Residenzpflicht

„Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern durch die Residenzpflicht ist mit einem modernen und liberalen Menschenbild nicht vereinbar“, bekräftigte in der Debatte über den FDP-Antrag zur Aufhebung der Residenzpflicht der innenpolitische Sprecher der Fraktion Dirk Bergner. Er bedauerte die Ablehnung des Antrages durch die Regierungsfractionen CDU und SPD. „Obwohl die Mehrzahl der Stellungnahmen, insbesondere von Kirchen und kirchennahen Verbänden, den Antrag befürworteten, konnte sich die Koalition nicht zu einer Zustimmung durchringen“, kritisierte Bergner. Trotz der Enttäuschung über den Ausgang der Abstimmung sieht der parlamentarische Geschäftsführer der FDP die von Innenminister Huber in Aussicht gestellte Lockerung aber als einen Teilerfolg an.

Schuldenpolitik stoppen, Thüringens Zukunft sichern Aktuelle Stunde zur Haushaltspolitik der Landesregierung

„Gestehen Sie sich ein, dass Sie mit dem Haushalt 2010 einen Schritt in die falsche Richtung gegangen sind. Legen Sie den Hebel um und bewahren Sie Thüringen vor Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit“, mahnte der Fraktionsvorsitzende der FDP Uwe Barth

zum Auftakt des September-Plenums die Landesregierung eindringlich. Der Landtag debattierte auf Antrag der FDP in einer Aktuellen Stunde über die Haushaltspolitik. „Besser mit Vernunft als blind, aber Hauptsache, Sie fangen endlich an zu sparen“, forderte Barth die Lan-

desregierung auf. Als „Sehhilfe“ könne er die mehr als 500 Anträge der FDP zum Haushalt 2010 anbieten. Es sei die zentrale Aufgabe der Landesregierung, Thüringen zukunftsfähig zu machen, so Barth in seiner Rede.

Für ein einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem

„Das gegenwärtige Steuersystem ist mittelstandsfeindlich“, stellte Lutz Recknagel, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, in der Steuerdebatte im Landtag fest. In ihrem Antrag „Für ein einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem“ forderte die FDP-Fraktion die Landesregierung auf, im Bundesrat an der Vereinfachung des unverständlichen und komplizierten deutschen Steuersystems mitzuwirken. Hierzu forderte die FDP-Fraktion auch



Der haushalts- und finanzpolitische Sprecher Lutz Recknagel

die Umstellung der Einkommenssteuer auf einen Stufen-

tarif sowie eine Senkung der Abgabenlast für Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen, sobald die öffentlichen Haushalte konsolidiert sind. „Wir wollten dem Parlament mit dem Antrag Gelegenheit geben, sich zu der von der Ministerpräsidentin geforderten „Bierdeckelsteuerreform“ zu bekennen, so Recknagel. CDU und SPD konnten sich immerhin dazu durchringen, die FDP-Forderung nach einer Steuervereinfachung in einem Alternativantrag aufzugreifen, der gegen die Stimmen von Grünen und Linken angenommen wurde.

Bis zum Ende der Neuverschuldung keine Diätenerhöhung

„Ein Diätenmoratorium nach Belieben ist uns zu wenig. Wir wollen es an eine qualifizierte Aussage binden.“ Das sagte der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Dirk Bergner, in der Debatte um ein solches Moratorium. Nach Vorstellung der Liberalen sollte es deshalb an die Neuverschuldung gekoppelt werden. „Kein

verantwortungsbewusster Unternehmer erhöht die private Entnahme, wenn seine Firma nicht gut läuft“, so Bergner weiter. Und dass das Thüringer Regierungsschiff gut laufe, könne niemand ernsthaft behaupten, solange „neue Schulden in dramatischer Höhe“ aufgenommen würden. Dass deutlich gespart werden müsse, sei unbestreitbar.

„Und wenn wir sparen wollen, dürfen wir vor der eigenen Tür nicht Halt machen“, forderte der Ostthüringer Landtagsabgeordnete. „Wir sind der festen Auffassung, dass eine ganz wichtige Leistung darin liegen muss, Thüringen zukunftsfest zu machen. Dazu gehört, künftigen Generationen keine weiteren Schulden aufzubürden“, unterstrich der FDP-Politiker.

Thüringer Einzelhändler haben das Nachsehen FDP bedauert Ablehnung der Gesetzesänderung zur Ladenöffnung im Advent

„Die Thüringer Einzelhändler und Konsumenten haben das Nachsehen“, bedauerte die FDP-Landtagsfraktion die Ablehnung ihres Gesetzesentwurfs zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes. Der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth konstatierte ein fehlendes Interesse an der Sicherung der Arbeitsplätze und am Wunsch der Thüringer Bürger nach flexibleren Einkaufsmöglichkeiten im Advent. Der Thüringer Einzelhandel hatte im letzten Jahr gegenüber der Konkurrenz aus Sachsen-Anhalt und Sachsen das Nachsehen, weil viele Thüringer an



Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag

den Adventssonntagen die geöffneten Läden in den Nachbarländern nutzten. Die FDP

hatte deshalb bereits im Januar einen Gesetzesentwurf eingebracht mit dem Ziel, den Händlern ab diesem Jahr eine Wahlmöglichkeit zur Öffnung der Geschäfte an einem zweiten Adventssonntag einzuräumen und damit den Einkaufsstandort Thüringen zu stärken. In der Anhörung gab es von den angeschriebenen Verbänden und Institutionen große Zustimmung. Die Regierungsfractionen lehnten den Antrag in der Landtagssitzung am 9. September dennoch unter anderem mit dem Argument ab, an einem eigenen Gesetzesentwurf zu arbeiten.

Editorial

Für uns Grüne ist klar: Es darf keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben. Deshalb haben wir im vergangenen Plenum eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt und die hitzige Debatte sachlich bereichert. Deshalb haben wir uns dem Aufruf angeschlossen unter der Überschrift „Gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke“, wie sie jetzt auf Bundesebene beschlossen wurde. Der Atomausstieg ist eine Richtungsfrage für die ökonomische, energie- und klimapolitische Zukunft. Der



Atomausstieg duldet keinen Aufschub. Auch der Strom aus vielen Thüringer Steckdosen wird durch Atomkraftwerke generiert, es rollen Atommülltransporte über Thüringens Straßen und unsere Stadtwerke treten über weitere drei Jahrzehnte in Konkurrenz

mit dem billigen, aber gefährlich produzierten Atomstrom. Das wirft den Ausbau der Erneuerbaren Energie um Jahre zurück. Für uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die vor 30 Jahren aus der Anti-Atomkraftbewegung entstanden sind, ist der Ausbau der Erneuerbaren ein Herzensanliegen. Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen auf, sich am 18. September in Berlin bei der Großdemonstration gegen die Atomkraft zu beteiligen. Auf nach Berlin!

Fördern statt Sitzenbleiben – Länger gemeinsam lernen

„Die große Mehrheit der ThüringerInnen ist dafür, dass das längere gemeinsame Lernen endlich konsequent umgesetzt wird. CDU und SPD streiten sich jedoch seit Monaten darüber, wer nun das bessere Konzept hat. „Wir werden uns nicht an dem ideologischen Schulstreit beteiligen, sondern werben dafür, gemeinsam die besten Lösungen für alle Beteiligten, SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern, zu erarbeiten, um längeres gemeinsames Lernen und die bestmögliche individuelle Förderung für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen“, so Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion. „Es kommt aber maßgeblich auf den Inhalt und das „Wie“ an! Deshalb haben wir im Septemberplenium die Abschaffung von Klassenwiederholungen in Thüringen zur Diskussion gestellt. Denn das zeigen alle Studien: Klassenwiederholungen sind teuer und tragen nicht zu besseren Leistungen der SchülerInnen bei. Die auf diesem Wege eingesparten Mittel sollen vielmehr für die individuelle Förderung der Betroffenen eingesetzt werden“, fasst Rothe-Beinlich den Antrag der Grünenfraktion zusammen.



BündnisGRÜnes Sommerfest der Landtagsfraktion im Thüringer Landtag am 27. August 2010.

Strahlende Fracht – unbewacht

Auf Thüringens Straßen fahren Lastwagen mit hochstrahlendem radioaktivem Material. Laut MDR-Recherche existiert in Thüringen ein Wirrwarr an Zuständigkeiten für die Überwachung und Kontrolle dieser Transporte. Die Antworten der Landesregierung auf mehrere Anfragen der Abgeordneten Jennifer Schubert bestätigen diesen Eindruck. Staatssekre-

tär Schubert antwortete, dass das Land keine Kontrollen der Transporte durchführe, um den Verkehrsfluss nicht zu stören. So weiß niemand, ob die vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigten Transporte den Anforderungen an die Sicherheitsbestimmungen entsprechen. Außerdem gibt es keine recherchierbare Dokumentati-

on zu den durch Thüringen gefahrenen Transporten. Und das, obwohl in 2009 auch Großquellentransporte durch Thüringen gefahren sein müssen. Es entsteht der Eindruck, dass hier auf Kosten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gespart werden soll. Dirk Adams kündigte an, das Thema im Innenausschuss auf die Tagesordnung zu setzen.

Optionszwang und Residenzpflicht müssen endlich weg

„Wir setzen uns für ein modernes Staatsangehörigkeits- und Asylrecht ein und machen uns daher für die bundesweite Abschaffung des Optionszwangs und der Residenzpflicht stark. Auch integrationspolitisch sind diese Maßnahmen völlig verfehlt. Wir wollen nicht, dass Kinder mit Migrationshintergrund, in Deutschland geboren und aufgewachsen, zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und derjenigen der Eltern wählen müssen. Um Integration und Teilhabe zu ermöglichen und die landesweite Bewegungsfreiheit für Asylbewerberinnen in Thüringen nicht länger un-

nötig zu erschweren, fordern wir die Landesregierung auf, die Residenzpflicht gänzlich abzuschaffen! Daher danken wir der Initiative der evangelischen Kirche, die mit Ihrem Aufruf zur Abschaffung der Residenzpflicht – unterstützt auch von der katholischen Kirche – ein wichtiges Signal gesendet hat, das auf die Zustimmung aller Fraktionen hoffen ließ. Insofern sind wir über die Haltung der Regierungsfaktionen mehr als enttäuscht“, betont Astrid Rothe-Beinlich, migrationspolitische Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Keine faulen Kompromisse beim Klimaschutz

Der Antrag „Landtagsbeschlüsse auf Klimaschutz ausrichten“ unserer Fraktion war aus den Fachausschüssen zur Abstimmung ins Plenum gekommen. Am Ende der intensiven Beratungen lag eine abgestimmte Endfassung auf dem Tisch, in der die grüne Handschrift gerade noch zu erkennen war. Wenn in diesem Papier beispielsweise die energiepolitischen Ziele der Bundesrepublik als ‚ambitioniert‘ und ‚unterstützenswert‘ bezeichnet werden, spätestens dann ist bei uns die Schmerzgrenze nach der aktuellen Entscheidung der Bundesregierung zur

Verlängerung der AKW-Laufzeiten erreicht. Einen derartigen Passus in einem Grünen Klimaschutzpapier konnten wir nicht mittragen. Die Energiepolitik des Bundes ist nicht ambitioniert, sondern rückwärtsgewandt. Besonders enttäuscht zeigt sich die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom Verhalten der SPD, die nur einen Tag zuvor gemeinsam mit den Grünen, der LINKEN und dem BUND gegen die AKW-Laufzeitverlängerung demonstriert und sich einen Tag später im Plenum mit ihrem Votum entgegengesetzt verhält.

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 3771871
Fax: 0361 3771872
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 3771900
Fax: 0361 3771904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Verantwortlich:
Dr. Rainer Kipper

Satz und Layout:
Ines Born, Andrea Parsche

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Förderung von Kleinkläranlagen in Thüringen

Fragen zur Novellierung des Wasserrechts in Verbindung mit der eigenen Kleinkläranlage sind auch Gegenstand von Anliegen, die an die Bürgerbeauftragte herangetragen werden.

Für Grundstücke, die in den nächsten 15 Jahren nicht an eine öffentliche Abwasserbehandlungsanlage angeschlossen werden, ist unter Beachtung bestimmter Voraussetzungen die Betreibung einer Kleinkläranlage auch als Dauerlösung möglich. Dabei unterstützt der Freistaat Thüringen die betreffenden Grundstücksbesitzer durch Förderung des Neubaus

bzw. der Anpassung vorhandener Kleinkläranlagen an den Stand der Technik. Für eine Kläranlage in der Standardgröße von vier Einwohnern kann ein fester Zuschuss von 1.500 Euro gewährt werden. Die Bürgerbeauftragte weist darauf hin, dass der Kreis derjenigen, der diese Förderung erhalten kann, in der Richtlinie zur Förderung von Kleinkläranlagen im Freistaat Thüringen geregelt ist (ThürStAnz Nr. 34/2009 S. 1427-1430).

Die Neuerrichtung bzw. Modernisierung von Kleinkläranlagen darf der Abwasserbeseitigungskonzeption des

Abwasserbeseitigungspflichtigen jedoch nicht zuwiderlaufen. Daher empfiehlt die Bürgerbeauftragte, vorab die Zustimmung des zuständigen Abwasserbeseitigungspflichtigen oder, im Falle einer Direkteinleitung, die Einleitungserlaubnis der unteren Wasserbehörde als der sachkundigen Ansprechpartner vor Ort einzuholen.

Siehe auch:
www.thueringen.de/tmlfun/themen/wasser/wasserwirtschaft/abwasserentsorgung
sowie
www.aufbaubank.de.

Der Datenschutzbeauftragte

Gemeinsame Empfehlung zur Verbesserung der ressortübergreifenden Kooperation beim Kinderschutz in Thüringen

Kinderschutz und Datenschutz sind dank der guten Zusammenarbeit zwischen TLFD und dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit weiterhin auf gutem Wege. Erkannt wurde der Datenschutz als Förderer des Kinderschutzes und nicht als dessen Widersacher. Dem gemäß hat der Datenschutz in der Gemeinsamen Empfehlung zur Verbesserung der ressortübergreifenden Kooperation beim Kinderschutz in Thüringen eine breite Darstellung gefunden. Damit werden anhand von praxisrelevanten Darstellungen und Übersichten Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Gesundheitswesen, Schulen, Kindertageseinrichtungen und

Ärzte in die Lage versetzt, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung von Eltern und Kindern in ihre Entscheidungserwägungen rechtssicher einzubeziehen.

Zuvor haben sich alle an der Arbeitsgruppe Beteiligten einem Lern- und Erfahrungsprozess offen gestellt, und so konnte nach konstruktiver und vor allem ressortübergreifender Diskussion ein Ergebnis präsentiert werden, das auch in anderen problematischen Bereichen zu ähnlichen Vorgehensweisen ermutigt.

Von hohem Gewicht war in diesem Prozess die Einsicht, dass hinsichtlich der zwischen den beteiligten Einrichtungen stattfindenden Datenflüsse die Erhe-

bungen und die Übermittlungen personenbezogener Daten als Eingriffe in das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung jeweils einer Rechtsgrundlage bedürfen – Artikel 6 Absatz 3 der Thüringer Verfassung. Hierzu geben die Empfehlungen einen Leitfaden an die Hand, der zudem weitere datenschutzrechtliche Probleme erläutert.

In der Praxis ist diese Aufhellung der bisherigen rechtlichen Grauzone „Kinderschutz-Datenschutz“ auf hohe Akzeptanz gestoßen.

Die Empfehlungen sind im Internet unter folgender Adresse abrufbar: <http://www.thueringen.de/datenschutz>.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Auftrag: Vor dem Vergessen bewahren...

„Politische Bildung ist kein Luxusgut, auf das man in Sparzeiten verzichten kann. Ohne politische Bildung fehlt unserer Demokratie der Sauerstoff zum Atmen.“ (Siegfried Schiele 2004)

Das wichtigste Element unserer Demokratie ist demnach eine gut funktionierende Kommunikation. Genau an diese Stelle treten die Instanzen unseres Systems.

Am 08.09.2010 unterstützte die TLStU in Kooperation mit der BStU ein Projekt von elf Schülerinnen und Schülern der Pflegeschule Erfurt. Ihr Schwerpunkt: Diktatur, Demokratie und Menschenrechte. Im Rahmen des Projektes besuchten die Schüler das Archivgebäude am Peters-

berg und erhielten zunächst einen einführenden Vortrag über den DDR-Staat und die Rolle sowie Instrumentarien des Ministeriums für Staatssicherheit in einer für die Schüler unzureichend bekannten Zeit zwischen 1949-1990. Eine nachfolgende Ausstellungsbesichtigung und Führung durch die Archive der ehemaligen Stasibehörde unterstützten dabei das Verständnis der schwer greifbaren Thematik.

Auch mehr als 20 Jahre nach dem Mauerfall sind die Forschungen längst nicht abgeschlossen. In den Schulen wird diese jüngere Vergangenheit zu abstrakten, für die Jugend unbegreiflichen Zahlen und Fakten. Als Höhepunkt der Veranstal-

tung kann deshalb das Zeitzeugengespräch mit einem Opfer des „Unrechtsstaates“ DDR betrachtet werden. Konnten die Bilder und Führungen nur erstes Interesse bei den Auszubildenden wecken, so entfachte das nachfolgende Gespräch Emotionen, die sich in ehrlichen Wissensdurst der Schülerinnen und Schüler verwandelten. Natürlich ist solche Zusammenarbeit mit den Schulen und Ausbildungsstätten kein Ausnahmefall. Politische Bildung, Bürgerberatung, Gespräche und Forschung sind die Eckpfeiler unserer Einrichtung. Aus diesem Grund freuen wir uns auf Ihre Anfragen.
(Von Daniel Mroß, Praktikant bei der TLStU)